

**Vorlage für die Sitzung der Kölner Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)
am 06.12.2018**

Anregungen nach § 24 GO NRW von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, die am 8./9.11.2018 am Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen haben

Übersicht über die im Rahmen des Planspiels entstandenen Anregungen:

- **Anregung 1: Ausgestaltung der Baugrube des ehemaligen Stadtarchivs**
 - **Anregung 2: Besseres Informationsmanagement der Stadt Köln**
 - **Anregung 3: Mehr Sportparks in der Innenstadt**
 - **Anregung 4: Preise der KVB senken**
-

**Vorlage für die Sitzung der Kölner Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)
am 06.12.2018**

Anregungen nach § 24 GO NRW von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, die am 8./9.11.2018 am Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen haben

**Anregung 1: Ausgestaltung der Baugrube des ehemaligen
Stadtarchivs**

Die Bezirksvertretung möge sich dafür einsetzen, dass das Grundstück des ehemaligen Stadtarchivs als neuer innerstädtischer Aufenthaltsort für alle Generationen genutzt wird. Dieser würde nicht nur eine Erinnerungsstätte, um diesem schrecklichen Ereignis zu gedenken, sondern auch eine begrünte und eventuell bewaldete Fläche beinhalten. Letztere könnten nicht nur Bänke, sondern auch als weitere Gestaltungselemente Sportgeräte und einen Brunnen beinhalten.

Begründung:

- Aufenthaltsort für Schüler*innen in den Pausen
- Positiver Mehrwert für die Sportstadt Köln
- Gedenkstätte
- Natur in der Innenstadt, „grüne Lungen“

Anfallende Kosten:**Deckungsvorschlag:**

- Stadt Köln
- Spenden vom Förderverein
- Eltern
- Fonds für Sportanlagen

Antragsteller: Matthias Naumann, m.naumann@fwg-koeln.de (in Vertretung der Schülerinnen und Schüler)

**Vorlage für die Sitzung der Kölner Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)
am 06.12.2018**

Anregungen nach § 24 GO NRW von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, die am 8./9.11.2018 am Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen haben

Anregung 2: Besseres Informationsmanagement der Stadt Köln

Die Bezirksvertretung möge sich dafür einsetzen, dass die Kommunikationskanäle der Stadt den Bürger*innen besser vermittelt werden. Durch Werbung an öffentlichen Orten (ÖPNV) und Internetportalen würden Bürger*innen besser über ihre Möglichkeiten in den verschiedensten Situationen informiert.

Begründung:

- Gute Angebote der Stadt Köln werden nicht zur Kenntnis genommen
- Hilfe in Gefahrensituationen
- Mehr Engagement der Bürger*innen für ein sicheres und sauberes Köln

Anfallende Kosten:**Deckungsvorschlag:**

Werbemöglichkeiten

Antragsteller: Matthias Naumann, m.naumann@fwg-koeln.de (in Vertretung der Schülerinnen und Schüler)

**Vorlage für die Sitzung der Kölner Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)
am 06.12.2018**

Anregungen nach § 24 GO NRW von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, die am 8./9.11.2018 am Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen haben

Anregung 3: Mehr Sportparks in der Innenstadt

Die Bezirksvertretung möge sich dafür einsetzen, dass es mehr Sportgeräte in öffentlichen Parks gibt. Zum Beispiel in Gestalt von Calisthenics Parks, in denen Fortgeschrittene und Anfänger*innen miteinander trainieren und ein gutes soziales Verhältnis zueinander aufbauen können.

Begründung:

- Sport
- Draußen (Natur)
- neue Leute kennen lernen
- Vorbeugung von Krankheiten
- Jung und Alt können dort trainieren (vor allem auch Jugendliche unter 14 Jahren)
- Erweckt neues Interesse
- Kostenlos und verbessert die Fitness
- In Lindenthal (immer gut besucht)
- Risikoarmer Sport
- Natürliche Bewegung

Anfallende Kosten:

30 Tsd +/- 5 Tsd

1x Sportgeräte = 15 Tsd

Installationskosten = 5 Tsd

Bodenbelag = 5-10 Tsd

Deckungsvorschlag:

Spenden, Gelder aus dem Haushalt der Stadt, Sponsoring von Firma der Sportgeräte

Antragsteller: Matthias Naumann, m.naumann@fwg-koeln.de (in Vertretung der Schülerinnen und Schüler)

**Vorlage für die Sitzung der Kölner Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)
am 06.12.2018**

Anregungen nach § 24 GO NRW von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, die am 8./9.11.2018 am Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen haben

Anregung 4: Preise der KVB senken

Die Bezirksvertretung möge sich dafür einsetzen, dass die KVB-Preise gesenkt werden.

Begründung:

Wir haben uns mit den Preisen der KVB auseinandergesetzt.

Dazu stellen Sie sich zunächst bitte folgende Situation vor: Fünf Sportlehrer des FWG wollen in Rodenkirchen rudern gehen. Mit der Bahn wären es sieben Stationen, mit dem Auto 5,8 km. Ein Tagesticket für fünf Personen bei einer solchen Entfernung kostet 13,10 €. Wenn man das Auto nimmt zahlt man, selbst bei hohem Verbrauch aufgrund des Stadtverkehrs, maximal insgesamt ca. 2 € für Benzin, zusätzlich bei einem Mittelklassewagen maximal 2,50 € Verbrauchskosten und gegebenenfalls eine Parkgelegenheit, die aber in dieser Umgebung auch kostenlos zur Verfügung steht. Zeitlich gesehen gibt es keine maßgeblichen Unterschiede.

Das Auto kostet in diesem Beispiel ein Drittel des Ticketpreises; also steigen viele auf das Auto um, zumal dieses auch um einiges bequemer ist.

Unser Ziel mit diesem Antrag ist es, die Preise der KVB zu senken.

Es muss danach gefragt werden, wofür die KVB die Einkünfte aus den hohen Ticketpreisen verwendet. Danach ist zu überlegen, ob man diese Geldquelle durch andere ersetzen kann.

Warum kümmert sich die Stadt Köln als Hauptakteur und Aktieninhaber der KVB nicht um eine Lösung dieses Problems? Denn zu 10 % gehören die Aktien direkt der Stadt Köln, die restlichen 90 % sind im Besitz der Stadtwerke Köln, welche wiederum zu 100 % der Stadt Köln gehört.

Dazu schlagen wir vor, mehr Bahnen zu Stoßzeiten einzusetzen, da mehr Leute auch mehr Bahnen benötigen. Auch sollte man aufhören, „Sondertarife“ für spezielle Gruppen einzuführen, und stattdessen allgemein die Preise senken, damit alle Bevölkerungsgruppen die KVB günstiger nutzen können. Es sollten nicht die Abonnementpreise gesenkt werden, sondern die Einzelticketpreise, weil das für den Umstieg in den öffentlichen Personennahverkehr sonst abschreckend ist.

Dazu kämen mehr Fahrgäste und weniger Verkehr auf den Straßen, wodurch ein geringerer CO₂-Ausstoß entstünde. Krankenwagen, Feuerwehr und Polizei würden schneller Unfallorte erreichen. Weniger Unfälle würden passieren, es gäbe mehr

**Vorlage für die Sitzung der Kölner Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)
am 06.12.2018**

Anregungen nach § 24 GO NRW von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, die am 8./9.11.2018 am Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen haben

Parkplätze für Polizei, Feuerwehr, Krankenwagen und für Personen, die auf ein Auto angewiesen sind. Durch den verringerten Autoverkehr hätten wie bei einer Fahrradautobahn auch Fahrräder mehr Platz, welche auch in Köln beliebter werden.

Da Erwachsene eine Vorbildfunktion für Kinder haben, tun es ihnen ihre Kinder gleich wenn sie auf Bahnen umsteigen.

Mit unserem Antrag beziehen wir uns nicht nur auf die Schüler, sondern auch auf die Erwachsenen, denn diese sind es letztendlich, die anstelle der Bahn das Auto nehmen.

Außerdem muss die Stadt Köln den Dieselfahrern eine gute Ausweichmöglichkeit geben, um sich in der Stadt zu bewegen!

Wir sind von unserer Idee überzeugt, denn durch niedrigere Preise wird die Zahl an Schwarzfahrern gesenkt und auch Menschen mit geringerem Einkommen können sich Tickets leisten. Dadurch hätte die KVB um einiges geringere Verluste!

Durch eine höhere Effizienz der Bahnen würden außerdem neue Arbeitsplätze geschaffen, um die bisherigen Arbeitnehmer nicht zu überlasten. Diese würden also nicht aufgrund von Überstunden oder schlechten Arbeitszeiten streiken.

Durch eine Online-Umfrage könnte man ein spezifisches Ergebnis erhalten, welches besagt, wie viele Neukunden durch eine Preissenkung erreicht würden. Somit könnte man einen Prozentsatz errechnen, um den man die Preise senken kann, ohne zu große anfängliche Verluste zu erhalten.

Mit der Zeit könnten sich die Kölner Bürger an das Angebot gewöhnen, wodurch weitere Verluste wettgemacht würden.

Schlussendlich kann man sagen, dass eine Preissenkung positive Auswirkungen, sowohl auf die Umwelt, als auch auf die Bürger der Stadt hätte.

Denn heutzutage ist es nicht ausreichend nur ins hier und jetzt zu blicken, sondern man muss in die Zukunft gerichtet handeln!

Anfallende Kosten:

Deckungsvorschlag:

Antragsteller: Matthias Naumann, m.naumann@fwg-koeln.de (in Vertretung der Schülerinnen und Schüler)